

„Das internationale Krisenjahr 1956 und seine Folgen“ Vortrag mit anschließendem Podiumsgespräch

Dienstag, 28. November 2006, 18 Uhr

Eine Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes im Hans-Meier-Welcker-Saal des Forschungsamtes in Potsdam.

„Alles hängt mit allem zusammen.“

Anhand dieses Leitmotivs diskutierten am 28. November 2006 Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Bernd Stöver (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) und Hofrat Dr. Erwin A. Schmidl (Landesverteidigungsakademie Wien) in einem Podiumsgespräch über das internationale Krisenjahr 1956 und seine Folgen. Moderiert wurde das Panelgespräch von Alexander Gauland, freier Journalist aus Potsdam und ehemaliger Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“.

Der Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA), Oberst Dr. Hans Ehlert, wies in seiner Begrüßung auf die Komplexität des Jahres 1956 hin. Die neuere militärgeschichtliche Forschung verfolge einen breit gefächerten Ansatz, der die Krise um die Verstaatlichung des Suezkanals im Herbst 1956 mit den Aufständen in Polen und Ungarn verbinde.

Dem folgte auch Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Aufarbeitung, in seiner Rede. Gerade die Suezkrise habe gezeigt, dass militärische Interventionen in neutrale Staaten kein Monopol der Sowjetunion gewesen sei. Eppelmann verwies auf ein Forschungsprojekt zwischen der Stiftung Aufarbeitung und dem MGFA, das anhand der Sitzungsprotokolle des „Nationalen Verteidigungsrates der DDR“ die Militarisierung der DDR-Gesellschaft untersuche. Diese Quellen sollen digitalisiert, archiviert und pädagogisch aufbereitet werden, um ein grundlegendes geschichtliches Verständnis für die Entwicklungen in der Zeit des Kalten Krieges zu fördern.

In seinem Einführungsvortrag ordnete Oberst Dr. Winfried Heinemann, MGFA, das Jahr 1956 in den historischen Kontext ein. Ausgehend von der Frage, ob die Ereignisse von 1956 als Ausdruck einer allgemein krisenhaften Entwicklung zu sehen seien, legte er die Verfestigung der beiden Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt als Reaktion auf die wachsenden Auflösungstendenzen innerhalb der beiden Blöcke dar. Der Warschauer Pakt sei auch als ein Gegengewicht zum 1953 entstandenen Balkan-Pakt zu verstehen. Die Angst der Moskauer Führung vor einem Aufstand in den Satellitenstaaten und einem inneren Zerfall der Sowjetunion habe das Eingreifen in Ungarn in ihren Augen legitimiert.

Die Gefahr der inneren Erosion war auch im westlichen NATO-Bündnis gegeben. Das eigenständige Handeln Großbritanniens, Frankreichs sowie Israels gegen das blockfreie Ägypten hätte zu einer globalen Systemkonfrontation führen können. Durch den Eingriff der Sowjetunion im Suezkonflikt sei der Status quo des Kalten Krieges bestätigt und verfestigt worden.

Alexander Gauland griff in seiner Moderation der Podiumsdiskussion diese These auf und fragte nach einer Mitschuld der Briten und Franzosen an Ungarn. Ursula Lehmkuhl verneinte dies vehement und bekräftigte, dass die Suezkrise nicht die Intervention der Sowjetunion in Ungarn ermöglicht habe. Vielmehr habe der „militärstrategische Unfug“, so Lehmkuhl, dem „nuclear bluff“ Tür und Tor geöffnet. Auch die Rolle von *Radio Liberty* und *Radio Free Europe* während des Ungarn-Aufstands müsse differenziert betrachtet werden. Viel mehr Beachtung

müsse die Rolle der ungarischen Emigranten im Westen finden, da sie wesentlich zu der ungarischen Erwartungshaltung an den Westen beigetragen habe, vergegenwärtigte Bernd Stöver. Erwin A. Schmidle betonte, dass der ungarische Aufstand zunächst primär eine innersystemische Angelegenheit gewesen sei. Der Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt war kein Fehler der Regierung Imre Nagy. Sowjetische Truppen seien „so oder so“ in Budapest einmarschiert, so Schmidle.

Das Krisenjahr 1956 müsste vielmehr, ähnlich wie 1968, als Zäsur gesehen werden. Ursula Lehmkuhl merkte weiter an, dass 1956 als eine „Metapher für Umbrüche, die Strukturen verfestigt habe“ zu verstehen sei. Systemische Entwicklungen, innerstaatlich wie global, waren die Folgen von 1956. Der Ost-West-Konflikt überlagerte sich mit dem Nord-Süd-Konflikt; die Dekolonisierung in der Dritten Welt, wie die Bewegung der „Blockfreien Staaten“, kollidierte mit dem Blocksystem des Kalten Krieges und innersystemische Auseinandersetzungen zeugten von einem Ende der Nachkriegszeit. In Europa begann eine Phase der Normalisierung und Entspannung, die langfristig zu einer Annäherung der europäischen Staaten führte. Der Einfluss des Kommunismus in Europa schwand nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes. Die Entstalinisierung und „Entsatellisierung“ des Ostblocks, die nach Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Gang gesetzt wurde, war von amerikanischer Seite als große Chance der Annäherung angesehen worden. Dennoch könne man nicht Ungarn als Anfang vom Ende der Sowjetunion sehen, so Bernd Stöver.

Der Erinnerungsmoment „Ungarn 1956“ strahlte jedoch weiter aus. Das stufenweise Wirken des Ungarn-Aufstands in Richtung Freiheit und Selbstbestimmung in den ehemaligen Staaten des Ostblocks wurde von Rainer Eppelmann am Ende des Abends bekräftigt. Obwohl der „Prager Frühling“ in seinem geschichtlichen Gedächtnis präsenter gewesen sei, habe er für die DDR-Opposition Mitte der 1980er die Ereignisse in Ungarn und Polen als wichtig für die „eigene Strategieplanung“ angesehen.

Das Publikum im voll besetzten Saal konnte der „Absicht“ des Abends, so Hans Ehlert, abschließend nur zustimmen: „Mit einem Abstand von 50 Jahren habe man das Krisenjahr 1956 dem interessierten Publikum nahe bringen wollen“.

Juliane Voss, Berlin